Mit 30 und 40 Prozent unter Tarif arbeiteten und bei gewerkschaftsfeindlicher Arbeitszeit an 3 und 4 Stühlen einen Durchschnittsverdienst von 10 bis 12 Mark in der Woche erzielten. Ja, es war in den letzten Wochen keine Seltenheit, daß einzelne Weber mit 7 und 8 Mark für eine ganze Woche Arbeit nach Hause gingen. Junge Mädchen in der Spinnerei verdienten durchschnittlich 7 bis 8 Mark.

In dumpfer Resignation schufteten diese Textilproleten bei diesen erbärmlichen Hungerlöhnen unter den denkbar schlechtesten hygienischen und sanitären Verhältnissen in der Fabrik. Ein neuer Betriebsrat kam nicht zustande, die Firma ging bei der Wahl jedesmal nur an ein paar der ältesten Belegschaftsmitglieder heran, der Wahlausschuß kam schon gar nicht zustande und die Bonzen vom DTV kümmerten sich nicht im geringsten um diesen Betrieb. Sie nahmen die Vertrauensleute nicht zusammen, machten keinen Versuch, die Belegschaft gegen die willkürliche Behandlung durch „Ihren Tarifvertragskontrahenten" zu organisieren und die Bezahlung der tarifmäßigen Löhne zu erzwingen. Die aktivsten Elemente waren bei den Entlassungen auf die Straße gesetzt worden, die Gewerkschaften, Christen, Reformisten und NSBO-Zelle der Nazis, die sich im Verlaufe der Zeit dank der Untätigkeit der DTV-Bonzen entwickelt hat, überließen die Belegschaft ihrem Schicksal und der Unternehmer hoffte noch recht lange Sonderprofite durch doppelte Ausbeutung machen zu können.

Da kam Papens Notverordnung und der Scharfmacher Hoffmann glaubte den Augenblick günstig zu erhaschen, als er pro forma einige — bis Ende Oktober befristete — Neueinstellungen vornahm, um bei dieser Gelegenheit noch weiteren Lohnraub durchzuführen. Aber er hatte sich verrechnet. Unter den Neueingestellten waren einige Arbeiter der Antifaschistischen Aktion und kaum standen sie am Webstuhl, da erkundigten sie sich eingehend über Arbeits- und Lohnverhältnisse. Trotz herrschender Akkordarbeit gingen sie von Webstuhl zu Webstuhl, ließen sich die „Lohnbüchel" der Kollegen und Kolleginnen zeigen und machten die Belegschaft mobil. Die dumpfe Resignation der Textilarbeiter wich einer täglich wachsenden Aktivität. Das Gefühl des Verlassenseins und der Hilflosigkeit machte der steigenden Erkenntnis Platz, daß die Belegschaft unter revolutionärer Führung geschlossenen Widerstand leisten kann und die Kampfstimmung kehrte auf allen Fabrikäten ein. Da erschien der Anschlag am Schwarzen Brett, die Empörung war allgemein und es bedurfte nur der Auslösung der Kampfhandlung, um den geplanten Lohnraub abzuwehren, den eine Belegschaft nicht hinzunehmen bereit war, bei der das Bewußtsein auf ihre geschlossene Kraft durch die revolutionäre Tätigkeit klassenbewußter Arbeiter wiedergekehrt war.

In einer sofort organisierten Betriebsversammlung wurde der Streik beschlossen, nachdem die Unternehmer hochmütig erklärt hatten, daß sie mit einer gewählten Kommission der Belegschaft überhaupt nicht verhandeln wolle. Die Textilproleten warfen die Brocken hin, vor dem Fabriktor erschienen die Erwerbslosen, nicht — wie die Gewerkschaftsbonzen allerorts prophezeiten — um Streikbrucharbeit zu leisten, sondern als Massenstreikposten. Die Belegschaft wählte die Streikleitung, die unter Führung der Antifaschisten und RGO steht und nahm in Erkenntnis der engen Verbundenheit mit den Arbeitslosen einen Vertreter des Erwerbslosenausschusses in ihre Kampfleitung.

Herr Unternehmersyndikus „Wie haben Sie gefrühstückt?"

An den Mauern der Fabrik, an der Mauer der Unternehmervilla erschienen die Parolen des Streikes, mit stürmischer Begeisterung erklärte die Belegschaft die Forderungen der RGO zu ihren Kampfforderungen, in der breitesten Oeffentlichkeit von Neugersdorf wurde der Kampf begrüßt. Arbeitslose, Mittelständler und Geschäftsleute erklären sich mit den Streikenden solidarisch, denn sie haben begriffen, daß weiterer Lohnraub an den Textilproleten auch ihre Lebensbasis empfindlich schmälert.

Der Unternehmer ändert seinen Standpunkt, läßt durch den sozialdemokratischen Bürgermeister Verhandlungen mit der gewählten Streikleitung anbahnen und macht den ersten faulen Kompromißvorschlag, um den Streik beizulegen und die Kämpfenden übers Ohr zu hauen. Die Gewerkschaften schalten sich zwischen, denn hier hat ja der Unternehmer den „Arbeitsfrieden" durch Zahlung untertariflicher Löhne durchbrochen und sie können sich in die Brust werfen und Interessenvertretung der Arbeiterschaft vortäuschen. Noch ehe die Verhandlungen beginnen, begrüßt der Gauleiter der christlichen Gewerkschaften, Fichtner, den Unternehmersyndikus Korn im Rathaus mit den Worten: „Morgen, Herr Korn! Wie haben Sie gefrühstückt?!" Dann ging es zu den Verhandlungen, in deren Verlauf alle Vorschläge der Unternehmer abgelehnt wurden.

Als die Kampfleitung am Freitagnachmittag den Bericht von diesen Verhandlungen in einer Streikversammlung gab, da wurde ihre Haltung einstimmig gutgeheißen. Die Gewerkschaftsbürokraten rückten an und als der Vertreter der Christen unter dem Druck der Massenstimmung von Kampf sprach, da wurde ihm die heuchlerische Maske vom Gesicht gerissen und die Versammlung nahm mit stürmischen Pfuirufen Kenntnis von seinem Verhalten bei den Verhandlungen. Mit stürmischen Pfuirufen wurde auch die Tatsache zur Kenntnis genommen, daß auf Betreiben der Bürokratie vom DTV die Vertreter der RGO und der Erwerbslosen als nicht „tarifkontrahent" von den Verhandlungen ausgeschlossen wurden. Und mit stürmischen Beifall wurden dann in dieser Versammlung die Ausführungen des Vertreters der RGO, der Erwerbslosen und der im Betrieb verankerten Streikleitung aufgenommen, die noch einmal nachdrücklichst erklärte, daß der Kampf nicht eher als beendet gelten könne, ehe nicht die von der Belegschaft aufgestellten Forderungen erfüllt sind.

Es gibt auch nicht einen Streikbrecher in der Belegschaft, nicht einen unter den Erwerbslosen, die werktätige Einwohnerschaft der Stadt steht hinter den Kämpfenden, aber die Bonzen des DTV sind krampfhaft bemüht, die Ausdehnung des Kampfes zu hintertreiben. Bereits am Freitag verstanden sie es zu verhindern, daß ein Vertreter der Streikenden in einer Belegschaftsversammlung der Firma C. G. Hoffmann sprechen konnte. Das ist mehr als deutlich. Die zweiten Verhandlungen sind inzwischen erneut gescheitert, gescheitert an dem festen und geschlossenen Willen der Belegschaft, bis zum Sieg weiterzustreiken. Die Solidaritätsaktion hat bereits eingesetzt, die Metallarbeiter Neugersdorfs haben mit der Waffe des Streiks den Lohnraubanschlag ihrer Ausbeuter beantwortet, Aufgabe der Textilarbeiterschaft aller anderen Betriebe ist es, in aktiver Solidarität mit den Streikenden den Kampf zu erweitern. Der Streik bei August Hoffmann ist ein Beispiel für alle, daß der geschlossene Wille zu roter Einheit zum Kampf, zum Sieg führen muß, wenn sich die Arbeiter die Einheitsfront nicht von der Gewerkschaftsbürokratie zerschlagen lassen.

Neugersdorfer Metallarbeiter streiken

Bei der rühmlichst bekannten Firma C. A. Reicher (Oberlausitzer Webstuhlfabrik) befinden sich die Former (60 Mann) im Streik. Der Reaktionär Fritz Reicher versucht, unter Zuhilfenahme der Papenschen Notverordnung den Formern 18 Prozent Lohnabbau zu diktieren, was die Metallarbeiter mit dem Streik beantworteten. Das leuchtende Beispiel der Textilarbeiter fand bei den Formern proletarische Nachahmung.

Dresdner Baustellenstreik erfolgreich

Der auf den Dresdner Baustellen Altstädterstraße und Nagelstraße durchgeführte Streik der Bauarbeiter gegen den beabsichtigten Lohnabbau von 10 Pfennig für die 11. bis 48. Stunde ist mit dem vollen Erfolg der Streikenden Bauarbeiter beendet worden.

Die Firma Agt, Baustelle Nagelstraße, hatte den Lohnabbauanhang sofort wieder zurückgenommen, die Baufirma Voigt, Altstädterstraße, am vergangenen Freitag.

Der Streiksieg der Dresdner Bauarbeiter wurde durch deren energievollen Kampf durchgesetzt, obwohl sich der Verband zum Beispiel sogar damit abgefunden hatte, daß Streikbrecher in der Altstädterstraße beschäftigt wurden. Die Verbandsleitung hatte, wie wir bereits berichtet haben, sogar die Streikposten aufgefordert, sich zurückzuziehen.

Deshalb ist dieser, trotz alledem erfolgreich durchgekämpfte Streik, eine Lehre für alle Bauarbeiter, gegen ähnliche Vorstöße der übrigen Bauunternehmer gerüstet zu sein und die Streikführung in jedem Falle in ihre eigenen Hände zu nehmen.

Die Arbeiter von Heyden, Radebeul, streikentschlossen!

In einer in der vorigen Woche stattgefundenen Betriebsversammlung der chemischen Fabrik von Heyden, Radebeul, wurde mit überwiegender Mehrheit beschlossen, einem Vertreter der Radebeuler Erwerbslosen trotz aller Sabotage des Verbandsbevollmächtigten, das Wort zu geben. Die Ausführungen dieses Genossen, der zum gemeinsamen Kampf aufrief, wurden stürmisch begrüßt und eine von ihm eingebrachte Entschließung, in der es heißt: „Die heute tagende Versammlung beschließt jeden Angriff der Direktion mit dem Streik zu beantworten", wurde einstimmig angenommen.

Neue Teilstreiks in Sachsen

In Meerane ist am Freitagnachmittag die 200 Mann starke Belegschaft der bekannten Wollfirma Witt in den Streik getreten, weil die Firma einen Lohnabbauanschlag herausbrachte.

In Chemnitz sind die Akkordarbeiter der Firma Max Gesner, Hartmannstraße, in den Streik getreten, weil der Unternehmer einen 10prozentigen Lohnabbau durchführen wollte.

Die Belegschaft der Glashütte Hermes, Regis-Breitingen, konnte den Streik gegen einen 10prozentigen Lohnabbau mit Erfolg durchführen. Die von der Firma neu eingestellten 70 Arbeiter übten in diesem Kampfe glänzende Solidarität.

Bei der Firma Brandstetter, Leipzig, wurde durch die sofortige Streikbereitschaft der Setzer, Maschinensetzer und Korrektoren ein beabsichtigter Lohnabbau verhindert.

Heraus zur Massenkundgebung der Roten Hilfe

am Mittwoch, dem 12. Oktober, 19,30 Uhr, in beiden Sälen des Regierungsheims, Dresden:

Genosse Josui, Totio (Japan), spricht

Nazibanditen überfallen Dorfbewohner

Ein junger Arbeiter ermordet. Eine ernste Mahnung zur Stärkung des antifaschistischen Massenselbstschutzes

Bad Neuenar, 10. Okt. (Eig. Drahtb.)

Gestern nacht überfielen Nazibanditen die werktätigen Bewohner des Dorfes Lohdorf bei Neuenar. Bei den Zusammenstößen wurde ein 20jähriger Arbeiter von Nazibanditen ermordet. Zwei weitere Arbeiter wurden verhaftet.

Nazi-Ueberfälle auch in Berlin

Berlin, 10. Oktober. (Eig. Drahtbericht.)

In der Nacht vom Sonnabend zum Sonntag kam es zu planmäßigen Ueberfällen der Goebbelschen Nazitrotzgruppen auf Arbeiter. In Moabit wurde ein Genosse durch Messerstiche lebensgefährlich verletzt. Es gelang erst am Sonntagnachmittag den Nazimesserstecher zu verhaften. In Neukölln wurde bei einem Ueberfall ein Genosse leicht verletzt. In Zehlendorf versuchten Nazis eine Veranstaltung des Arbeitersportvereins Fichte zu stören. Sie wurden vom Saalschutz am Saaleingang aufgehalten, wobei ein Mitglied des Saalschutzes niedergeschlagen wurde. Die Nazis hatten ebenfalls mehrere Verletzte.

Hamburger Arbeiter vom Tode bedroht

Hamburg, 8. Okt. (Eig. Drahtb.)

Heute beginnt vor dem Hamburger Schwurgericht ein Prozeß gegen 12 Hamburger Antifaschisten, die unter der Anklage des Mordes und des schweren Landfriedensbruchs wegen eines Zusammenstoßes mit Nationalsozialisten stehen, der am 10. April im Stadtteil Hamm stattfand und bei dem ein Nationalsozialist getötet wurde. Es besteht dringende Gefahr, daß in diesem Prozeß ein Todesurteil gefällt wird.

Im Rendsburger Sondergerichtsprozeß ist nunmehr die Oeffentlichkeit für die Dauer des Prozesses ausgeschlossen worden, weil die „Sicherheit des Landes gefährdet" sei. Obwohl sich unter den angeklagten Antifaschisten 16 Reichsbannerarbeiter befinden versucht die SPD- und Gewerkschaftsbürokratie in Rendsburg jede Solidaritätsaktion zu unterdrücken. Die Hergabe des Gewerkschaftshauses für eine Protestversammlung gegen den Ausschluß der Oeffentlichkeit wurde verhindert. Die Reichsbannerführung beschloß, die Sammlung der Roten Hilfe zu sabotieren und denunzierte die Sammler der Polizei.

Starker Rückgang der Nazistimmen

Königsberg, 10. Oktober (Eig. Drahtb.)

Am Sonntag fanden in Gerdauen in Ostpreußen Stadtverordnetenwahlen statt. Gegenüber den letzten Reichstagswahlen ergab sich ein besonders starker Rückgang der Nazistimmen. Es erhielten Stimmen:

KPD	170	(Reichstagswahl 217)
SPD	593	(Reichstagswahl 895)
NSDAP	483	(Reichstagswahl 1074)
Bürgerl. Einheitsliste	161	(Reichstagswahl 213)

Die Wahlbeteiligung war äußerst schwach, daher auch der Stimmenrückgang bei allen Parteien, der nur bei der SPD und den Nazis weit über die prozentual schwache Wahlbeteiligung hinausgeht.

In den Kreisen der revolutionären Arbeiter muß darauf hingewirkt werden, daß keinerlei Wahlmüdigkeit Platz greift.

Durch die Verstärkung der außerparlamentarischen Aktionen gilt es zugleich die Massenbewegung für die Wahl von Kommunisten zu steigern!

SPD-Aufhäusers Offerte an die Bourgeoisie

„Scheitert Papen, so müssen wir eingreifen!"

Berlin, 10. Oktober (Eig. Drahtber.)

Auf dem Bezirksparteitag der SPD. Berlin, hielt Aufhäuser ein scheinheiliges Referat gegen die Papenregierung. Aufhäuser forderte Kampf für die Sozialisierungsanträge der SPD, die er als „Gegenwarts-Sozialismus" bezeichnet. Was mit diesen Forderungen in Wirklichkeit gemeint ist, läßt eindeutig folgender Satz Aufhäusers erkennen:

„Scheitert Papen, so werden wir entscheidend eingreifen müssen."

Aufhäuser bietet den Sozialismus also den Kapitalisten als Arzt an, falls die Papen-Schleicher-Regierung versagen sollte.

Das ganze Geschwätz vom „Gegenwarts-Sozialismus" ist nur ein neues Manöver des bankrotten Kapitalismus.

Es gab auf diesem Parteitag mehrere Diskussionsredner, die sich heftig gegen die Hindenburgpolitik der SPD wandten.

Ein Redner forderte, man solle von der Kandidatenliste alle die streichen, die die Politik des Parteivorstandes auf Gedeih und Verderb verteidigen und fördern.

Schließlich wurde gegen eine starke Minderheit die Kandidatenliste aufgestellt, die im wesentlichen die alten Vertreter der sozialdemokratischen Hindenburgpolitik enthält. Um den oppositionellen Strömungen einen Bissen hinzuwerfen, wurde auf Antrag des Bezirksvorstandes die baldige Einberufung eines Reichsparteitages der SPD gefordert.

Auch durch solche Gesten läßt sich die zunehmende Radikalisierung der SPD-Arbeiter nicht aufhalten.

Von der „schwarzen Front"

der von Otto Strasser geführten Nazisplittergruppe, wurde am 6. Oktober eine Versammlung durchgeführt, in der die Wahl von 3 Delegierten zum roten Volkskongreß am 14. Oktober durchgesetzt wurde. So, wie in diesem Falle, muß es uns in den nächsten Tagen gelingen, die Frage der Beschickung des Volkskongresses überall, auch unter den rebellierenden Massen im gegnerischen Lager, zu stellen. Vor allem heißt es aber stärkste Mobilisierung an der Betriebsfront zu entfalten. Der rote Volkskongreß, der am Freitag in Dresden und am Sonntag in Meißen, Pirna, Radeberg und Freital stattfindet, muß durchgeführt werden im Zeichen des Massenzustromes

zur roten Front!

Warum schweigen die Angeklagten?

An zwei Tagen hat die Vossische Zeitung jeweils auf einer ganzen Zeitungsseite über die Unterredung zwischen dem Naziführer Strasser und dem amerikanischen Journalisten Knickerbocker berichtet. Obwohl Strasser in diesen Unterredungen alle bisherigen Agitationsphrasen der Nazis gerissen, obwohl er erklärte, das Hitlerprogramm sei „überaltert" und tauge nichts mehr, hat bisher keine Nazizeitung zu diesen Erklärungen Strassers Stellung genommen. Auch Strasser selbst hat sich mit keinem Wort zu den Enthüllungen Knickerbockers geäußert.

Dieses Schweigen ist das Eingeständnis für die Wahrheit der Mitteilungen Knickerbockers. Es bleibt also dabei:

Die Nazipartei ist gegen Planwirtschaft und für kapitalistische Ausbeutung. Die Nazipartei ist gegen Sozialismus und für das kapitalistische Privateigentum. Die Nazipartei ist für die Zahlung der Hungerlöhne und privaten Tribute an ausländische Bankiers. Die Nazipartei erkennt die Hauptpunkte der Papenschen Notverordnungen als richtig an.

Daran gibt es nichts mehr zu rütteln. Schlagt diese Tatsachen den Papennazis um die Ohren! Laßt die Papennazis nicht aus der Zange! Vorwärts, Antifaschisten! Holt auch den letzten werktätigen Anhänger der Papennazis in die Reihen der roten Einheitsfrontaktion!

•

Am Sonntagvormittag wurde eine Werbeveranstaltung der „Roten Fahne" in den Pharussälen auf dem Wedding von der Polizei aufgelöst. Die Begründung zur Auflösung gab der Polizei ein Karikaturschnellzeichner gegen den Zwickelstich von Bracht.

Stimmlisten einsehen!

Die Stimmlisten für die Reichstagswahl liegen in allen Bezirken in der Zeit vom 16. bis 23. Oktober öffentlich aus. An Werktagen von 13 bis 19 Uhr, an Sonntagen von 10 bis 16 Uhr.

Stimmscheine können jetzt bereits ausgestellt werden. Letzter Termin zur Ausstellung von Stimmscheinen ist der 4. November 16 Uhr.

Die Wahlzeit[illegible]